

Berlin, Sonnabend,

die Zeitung erscheint in der Woche wöchentlich.

Bezugs-Preis:

vierteljährlich für Berlin 7 Mk. 50 Pf. ohne Portofahr.

für ganz Deutschland 9 Mk. Österreich 13 Kr. 82 Hfl., Rußland 4 Rub. 55 Kop., Holland 7 Fl. 50 Gld.

für Frankreich, Belgien, England, Schweiz, Amerika usw. Kreuzband- Sendung 20 Mk. für das Vierteljahr.

Bestellungen werden angenommen: Für England in London bei Aug. Stegle 30 Elm Street E.C. und Cowie & Co. 19 Crossham Street E.C.

Morgen- Nr. 79. Ausgabe.

den 16. Februar 1907.

Berliner Börsen-Beitung.

Bestellungen werden angenommen

bei allen

Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Als besondere Beilagen erscheinen:

Verdingungs-Anzeiger.

Hotels- und Bäder-Anzeiger.

Vollständige Zeichnungslisten der Preussischen Klassen-Lotterie.

Allgemeine Verlosungsstabellen mit Besonderen-Listen

und viele andere wichtige tabellarisch Uebersichten.

Insertions-Gebühr:

Die oberste Zeile 50 Pf.

Restametz 1 Mk.

Telegramm-Adresse: Börsenfronte.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 8., Kronenstraße Nr. 37. Annahme der Zuzerate: In der Expedition.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 243.

Vom Tage.

Im englischen Unterhause ist gestern ein Gesetzesentwurf betreffend Einführung des Frauenstimmrechts von liberaler Seite eingebracht worden.

Der ungarische Ministerat bewilligte 60 Millionen für die dringliche Anschaffung von Wagen und Lokomotiven für die ungarischen Staatsbahnen.

Mitglied Soms in London haben es abgelehnt, die von der brasilianischen Regierung nachgeforderte Anleihe von 5 Mill. Pfd. Sterl. für den Staates-Balanzierungsplan auszugeben.

Auf dem Kaiser Eisens- und Stahlwerk explodierten gestern die Gasmachine eines Hochofens; zwei Arbeiter wurden getötet und mehrere schwer verletzt.

Gestern sind über 1000 Arbeiter der Tannwalder Baumwollspinnerei (Böhmen) in den Ausstand getreten.

in Verfall geraten ist und einer gründlichen Reform unterworfen werden muß, wenn sie auch in Zukunft ihren Platz behaupten soll. Das Oberhaus ist nicht mehr die Vertretung des alten hohen Adels, dem die Politik gewissermaßen durch Vererbung in Fleisch und Blut übergegangen ist, es hat allmählich den Zusammenhang mit den alten Traditionen verloren, denn die Vertreter der alten Familien bilden heute nur noch einen Bruchteil der Mitglieder, während die Mehrzahl ihren Sitz einer Mobilisierung von recht jungem Datum verdankt und oft kein weiteres Verdienst aufzuweisen hat, als ein großes Vermögen. Dazu kommt dann noch, daß das Oberhaus, während früher in ihm Wigs und Tories ebenso wie im Unterhause vertreten waren, neuerdings zu einer rein konservativen, fast reaktionären Institution geworden ist.

Nach alledem erscheint der Ruf nach einer Reform nur zu berechtigt, es fragt sich nur, wie das Gesehehen soll. Mit einem Gewaltstreich ist nichts zu machen und einen Selbstmord kann man doch wohl nicht gut von den Peers verlangen. Auch über den Umfang der ersehnten Reform gehen die Anschauungen weit auseinander. Die Radikalen verlangen natürlich kurzweg die Abschaffung der ersten Kammer, aber dafür würden sie in der Bevölkerung, die hartnäckig an der Tradition festhält, keine Unterstützung finden und vielleicht noch weniger bei der Krone, für die das Oberhaus ein willkommener Puffer ist, der nicht zu vermeidende Zusammenstöße mit dem Hause der Gemeinen abwehrt.

Es bleibt also nur eine Einschränkung der Vorrechte des Oberhauses übrig und diese läuft nach den bis jetzt vorliegenden Auslassungen der liberalen Politiker und der Presse darauf hinaus, daß der ersten Kammer in Zukunft nur ein aufführendes Veto zuerkannt werden soll. Ein von ihr zurückgewiesener Beschluß des Unterhauses würde demnach nach Ablauf einer bestimmten Frist, von 6 Monaten oder einem Jahre, gesetzkräftig werden, wenn nicht unterdessen die Regierung selbst ändern Sinnes geworden ist.

Aber, wie gesagt, eine Reform wäre ohne Verfassungsbruch nur mit Zustimmung des Oberhauses zu erreichen, und daran ist doch nur zu denken, wenn man im Stande wäre, einen sehr starken Druck auf die Peers auszuüben. Ist die Regierung der Unterstützung des Königs sicher, so wäre vielleicht ein großer Peersduch oder wenigstens die Androhung eines solchen zweckentsprechend, im andern Falle bliebe nur ein Appell an das Volk übrig, und das wäre immerhin ein gewagtes Spiel, zu dem sich die Liberalen wohl nur im äußersten Notfall entschließen dürften.

sehen, welche gegenwärtig zwischen Petersburg und Sofia bestehen und an deren Wiederherstellung der Tätigkeit Stanciov ein nicht unterdrückliches Verdieht zukommt.

Budapest, 15. Februar. (G. T. C.) Abgeordnetenhause. Ministerpräsident Bekler erklärte bezüglich des Verhältnisses der Regierung zur Presse, obwohl jedermann anerkenne, daß das Inzertionspauschale, welches die Staatsbahnen zahlen, keine Belohnung bilde, durch welche die Regierung die Presse beeinflusse, da mit Wählern verschiedener Parteirichtung solche Verträge geschlossen würden, so sei demnach die Regierung dafür, um einer mißverständlichen Auffassung zu begegnen, daß das Pauschalsystem aufgehoben werde; es werde deshalb ein Gesetz dem Abgeordnetenhause unterbreitet werden, welches das Pauschalsystem verbiete.

Budapest, 15. Februar. (G. T. C.) Der Kanzleibeamte Gajdu, der dem Abgeordneten Lengyel zur Abschrift Akten übergeben hatte und deshalb verhaftet worden war, ist auf Anordnung des Gerichtshofes wieder auf freien Fuß gesetzt worden, da keine Verletzung vorliegt, sondern nur ein Vergehen der Verletzung des Amtsgeheimnisses. Abgeordneter Lengyel veröffentlichte aus dem ihm übergebenen Aktenbündel eine Zuschrift des Obersten Rechnungshofes an das Handelsministerium, in welcher bezüglich der nachträglichen Erhöhung des Inzertionspauschales der Zeitung „Gazette“ um 25 000 Kronen Unterstützung gefordert wird.

Bern, 15. Februar. (G. T. C.) Der Bundesrat hat beschlossen, bei der Bundesversammlung zu beantragen, die mit Spanien unter Vorbehalt der Ratifikation durch Notenaustausch getroffenen Vereinbarung genehmigen, nach der die Eidgenossenschaft ihre Zustimmung zur Erledigung der in der Algerienfrage vorgelegenen Streitfälle durch das Schweizer Bundesgericht erklärt.

Paris, 15. Februar. (G. T. C.) Ministerpräsident Clemenceau hat, obgleich noch etwas leidend, heute vormittag wieder die Leitung des Ministeriums des Innern übernommen. Clemenceau hatte eine Unterredung mit dem Kultusminister Briand und dann mit dem Präfekten des Seine-Departements, de Selves, der ihm über die Verhandlungen bezüglich der Verpackung der Kirchen Bericht erstattete. Der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer wird der Ministerpräsident nicht beiwohnen.

Paris, 15. Februar. (G. T. C.) Deputiertenkammer. Leschambre interpelliert den Kriegsminister Picquart darüber, daß die Grenze zwischen Longwy und Montmédy zu leicht zugänglich sei und daß gewisse heutzutage Arbeiten die Bewohner des Bezugsgebietes beunruhigen; die Bewohner hegen den Wunsch, daß der erste Zusammenstoß in einem Kriegszustand günstig wie möglich für sie verlaufen möge. Picquart erwidert, daß, wenn neutrales Gebiet verletzt werden sollte, der Fall des Durchzugs durch dieses Gebiet die Ergreifung der notwendigen Maßnahmen gestatten würde. (Beifall.) Arbeitsminister Pichou erklärt in Verantwortung einer Anfrage, daß die Untersuchung der Verwaltungsbehörden sowie das gerichtliche Vorverfahren in der Angelegenheit des Grubenunglücks von Courrières zum Abschluß gebracht seien, und daß die verurteilten Verurteilten eintreten würden. Die zur Zeit im Gebrauche befindlichen Lampen, welche das Unglück verursacht hätten, würden beseitigt werden. Der Minister fügt hinzu, daß nach dem Unglück eine Kommission ins Ausland geschickt worden sei, um die Vergütungsvorrichtungen kennen zu lernen, und daß die Verwaltung daraus Nutzen ziehen werde.

London, 15. Februar. (G. T. C.) Unterhaus. Das Haus setzt die Adreßdebatte fort. Lebhafte Erörterung ruft die Frage hervor, ob es wünschenswert sei, die Kolonien in höherem Maße als bisher zu bestrafen für die Kosten der Reichsverteidigung heranzuziehen. Unterhaussekretär der Kolonien Churchill warnt vor geizigen geschäftsmäßigen Abreden mit den Kolonien oder geschäftlichen Beziehungen der gegenseitigen Vorteile. Das Reich sei nach den Grundzügen einer Familie, nicht nach den Grundzügen eines Syndikats aufgebaut. (Lebhafte Beifall.) Unterhause ist die Pflicht der Kolonien, wenn sich die Gelegenheit ergebe, zu den gemeinsamen Verteidigungsmitteln des Reiches beizutragen. Churchill betont sodann, daß die von den Kolonien geleisteten Beiträge im Wachstum seien und setzt hinzu, die Regierung beabsichtige nicht, die

Verfassungskampf in England.

Die am Dienstag eröffnete Session des englischen Parlaments scheint ungewöhnlich interessant werden zu wollen. Der Konflikt, der zwischen dem Hause der Lords und der mit der liberalen Mehrheit im Unterhause operierenden Regierung ausgebrochen ist, hat sich so scharf zugespitzt, daß er selbst in der Thronrede Erwähnung gefunden hat, mit dem Hinweis, daß das Ministerium bereits mit der Lösung der entstehenden Schwierigkeiten beschäftigt sei. Die Erörterungen über das in der Thronrede entwickelte Regierungsprogramm im Unterhause hat dann dem Ministerpräsidenten Campbell-Bannerman Gelegenheit gegeben, sich über seine Stellungnahme zu der angesprochenen Frage auszusprechen. Er sei sich, führte er aus, der Größe und der Bedeutung der Aufgabe, vor die die Regierung sich gestellt habe, wohl bewußt, und man habe den Kampf gegen die Lords nicht etwa aus Neugier über die Resultate der vorigen Session begonnen. Man sei von früher her an solche Schwierigkeiten mit dem Oberhaus gewöhnt gewesen, aber 20 Jahre lang hätten die Lords sich vollkommen ruhig verhalten und alle Vorlagen stillschweigend durchgelassen, und jetzt sei es ihnen mit einem Mal eingefallen, daß sie gewissermaßen den Wachhund spielen müßten, dem die Sicherheit der Nation anvertraut sei. Wenn aber ein Wachhund lange schlafe, um dann plötzlich mit einer ungewöhnlichen Heftigkeit über einen herzufallen, dann sehe man sich selbstverständlich nach der Ursache um. Wenn die Liberalen an dem Aider seien, dann höre das Oberhaus einfach auf, an der Gesetzgebung aktiven Anteil zu nehmen, und so bald die Liberalen zur Regierung kämen, werde es zur Opposition; so komme es, daß der Führer der Opposition, trotzdem die große Mehrheit der Nation gegen ihn gestimmt habe, die letzte Kontrolle über die Gesetzgebung behalte. Die Sache gehe so nicht weiter, die Frage müsse gelöst werden, und vielleicht werde sich das schließlich als leichter erweisen, als man zuerst angenommen habe.

Der Premier hat damit ein scharf umrissenes Bild der Sachlage gegeben.

Wenn das Kabinett wirklich die Entscheidung herbeiführen will, haben wir einen Kampf um die Verfassung in großem Maße zu erwarten.

Es wird niemand leugnen wollen, daß sich das Oberhaus in England um die stetige Entwicklung des Reiches hervorragende Verdienste erworben und sich wiederholt als ein pflichtgetreuer „Wachhund“ erwiesen hat, wenn der Ueberreifer das Unterhaus auf gefährliche Fährten verlockt hätte; aber ebenso müssen selbst eifrige Freunde konservativer Einrichtungen zugeben, daß die altverwöhnte Institution allmählich

Telegramme.

Köln, 15. Februar. (G. T. C.) Der frühere Reichstags- und Landtagsabgeordnete, Landgerichtsrat a. D. Menken, ist im Alter von 95 Jahren gestorben.

Wien, 15. Februar. (G. T. C.) Amtliche Meldung. Die am 8. Januar wegen Dammrutschung unterbrochene Teilstrecke Secour-Solgne-Vlocourt der Linie Metz-Gateau Salins ist wieder fahrbar; von heute, 15. Februar, mit Zug 2796 bezw. 2795 beginnend, wird der fahrplanmäßige Verkehr wieder aufgenommen.

Wien, 15. Februar. (G. T. C.) Die Politische Korrespondenz, welche aus Sofia: In informierten Kreisen verlautet, der Minister des Auswärtigen Dr. Stanciov bringt aus Petersburg ein eigenhändiges Schreiben des Kaisers für den Fürsten Ferdinand mit, welches die Antwort auf ein von dem Fürsten von Bulgarien an den Kaiser Nikolaus gerichtetes, durch Stanciov übermitteltes Schreiben bildet, in welchem der Fürst den warmen Gefühlen der Freundschaft und Ergebenheit für den Kaiser Nikolaus Ausdruck gab. Der Briefwechsel wird als unabweidender Beweis der ungetriebenen freundschaftlichen Beziehungen ange-